

Beispiellos: Die ersten sechs Monate der ‚Amerika zuerst‘-Präsidentschaft Donald J. Trumps

Martin Thunert

Zusammenfassung

Gemessen an den Ankündigungen Donald Trumps im Wahlkampf, ist die Halbjahresbilanz der Trump-Präsidentschaft bestenfalls als durchwachsen zu bezeichnen, das Erscheinungsbild der Administration überwiegend chaotisch. Während Donald Trump bisher so gut wie keine legislativen Erfolge vorzuweisen hat, entwickeln sich die öffentlichen Angelegenheiten in Politikfeldern wie Einwanderung, Sicherheit, Umwelt und Klima nicht selten in die von ihm gewünschte Richtung. Dazu kommt eine ambivalente und kontrovers diskutierte wirtschafts- und außenpolitische Bilanz. Die Zukunft der Trump-Präsidentschaft entscheidet sich nicht zuletzt am Fortgang der Russland-Ermittlungen sowie am Verhältnis des Präsidenten und seiner Anhänger zum Establishment der Republikanischen Partei im Kongress.

1 Wahlkampfversprechen und Erscheinungsbild der Trump-Administration

Trumps Halbjahresbilanz ist sehr durchwachsen, wenn man sie an den im Wahlkampf getätigten Ankündigungen misst¹. Ähnlich wie sein Vorgänger Barack Obama hatte auch Donald Trump den Wählern grundlegenden politischen Wandel versprochen. Sein zentrales Versprechen war, die ‚Grandeur‘ der Vereinigten Staaten von Amerika wiederherzustellen (*Make America great again*) und um den ‚politischen Sumpf in der Bundeshauptstadt Washington DC trocken-zulegen. Trump kündigte nicht nur einen kompletten Richtungswechsel gegenüber der Politik seines Vorgängers Obama in nahezu allen Politikfeldern an, sondern brach auch mit mehreren Or-



Dr. habil. Martin Thunert

Senior Lecturer/Forschungsdozent Politikwissenschaft
Heidelberg Center for American Studies
Universität Heidelberg

thodoxien der Republikanischen Partei, insbesondere bei den Themen Freihandel, Einwanderung und nationale Sicherheit/Streitkräfte. Das zentrale innenpolitische Reformwerk Obamas, die Gesundheitsreform *Obamacare* sollte abgeschafft und durch ein neues Gesundheitsgesetz ersetzt werden, Umweltauflagen für die Erzeuger fossiler Brennstoffe sollten werden gelockert werden, das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft einschließlich der Finanzindustrie würde durch die Rücknahme von Regulierungen und eine grundlegende Steuerreform zur vollen Entfaltung gelangen. Trump versprach ferner, die seit dem Tod Antonin Scalias im Februar 2016 vakante Richterstelle am Obersten Gerichtshof mit einem konservativen Richter zu besetzen und legte im September 2016 eine Liste von ca.20 dafür in Frage kommenden Personen vor².

Nach Trumps Auffassung lag das von der Obama-Administration mit 11 Pazifikanrainernstaaten ausgehandelte, aber in den USA noch nicht ratifizierte Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPP) nicht im Interesse der amerikanischen Arbeitnehmer, das bereits seit 1994 gültige Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA sollte zumindest nachverhandelt werden. Im Wahlkampf sprach sich Trump für eine Deportation von Teilen der mehr als 11 Millionen sich ohne Papiere in den USA aufhaltenden Migrantinnen aus, insbesondere von jenen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren. Er kündigte zudem an, die Grenze zu Mexiko durch eine Mauer, für die Mexiko bezahlen werde, zu sichern. Ferner hielt Trump ein Einreisemoratorium für Bürger (einschließlich Flüchtlingen) aus einigen mehrheitlich muslimischen Staaten für wünschenswert, die mit islamistischem Terror in Verbindung gebracht werden. Einreisende in die USA aus diesen und anderen Staaten sollten einem intensiven Überprüfungsprozess (*extreme vetting*) unterzogen werden. Das unter Obama geschlossene Atomabkommen mit dem Iran sollte aufgekündigt werden, die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt werden. Schließlich distanzierte sich Trump von den militärischen Interventionen der USA, die wie der Irak-Krieg oder Libyen nicht der unmittelbaren Landesverteidigung dienen und kündigte ein gespanntes Verhältnis zu Russland unter Präsident Putin an.

Trump ist seit General Dwight Eisenhower der erste Nicht-Politiker seit 1952, der ins Weiße Haus einzog, die Präsidentschaft der USA ist sein erstes öffentliches Amt. Trumps Regierungsmannschaft unterscheidet sich ihrer Herkunft nach nicht nur parteipolitisch von der Vorgängerregierung Obama. Trump hat die politisch erfahrenen Mitglieder der politischen Klasse, die bei Obama zu fast 90% an den Schaltstellen der Macht saßen, überwiegend durch politische Quereinsteiger ohne nennenswerte politische Erfahrung ersetzt. Sein Kabinett speist sich zunächst aus Mitgliedern der Wirtschaftselite, die überwiegend aus den traditionellen Branchen der US-Industrie sowie aus der Finanzindustrie stammen. Auch im Weißen Haus selbst gilt dieses Muster. Die Regierungsmannschaft Trumps gilt als reichste der US-Geschichte. Auf die Regierungsmitglieder mit Wirtschaftserfahrung folgen ehemalige Militärs, an der Spitze der neue Stabschef des Präsidenten, General John Kelly, gefolgt von Verteidigungsminister Jim Mattis und dem Nationalen Sicherheitsberater H.R. McMaster, der nach wenigen Wochen Trumps ersten Sicherheitsberater, den Ex-General Michael Flynn ablöste, der wegen Verschweigen seiner Russlandkontakte zurücktreten musste. Doch ganz verzichtete auch Trump nicht auf politisch erfahrenes Personal: mehrere ehemalige Kongressabgeordnete der Republikaner wechselten in Regierungsämter, dazu zählen eine sehr kleine Zahl ehemaliger Gouverneure und Senatoren, aus denen die UN-Botschafterin Nikki Haley und Justizminister Jeff Sessions hervorstechen. Zu Trumps engsten Mitarbeiterkreis gehören neben Familienmitgliedern wie seiner Tochter Ivan-

ka und ihrem Ehemann Jared Kushner ehemalige Wahlkampfshelfer wie Chefstrategie und Ex-Breitbart Chef Stephen K. Bannon (bis zu seinem Ausscheiden am 18. August 2017), Redenschreiber Stephen Miller, Pressesprecherin Sarah Huckabee Sanders und die Berater Kellyanne Conway, Sebastian Gorka oder Michael Anton. Die enge Verbindung zur Republikanischen Partei symbolisierten der mittlerweile entlassene Stabschef Reince Priebus und der ebenfalls gekündigte Pressesprecher Sean Spicer. Insbesondere die Letztgenannten zeigen, dass das Weiße Haus in den wenigen Monaten unter Trump bereits mehrere Personalrochaden an zentralen Schaltstellen vollzog und insgesamt ein wenig professionelles Erscheinungsbild abgab³.

2 Rechtmäßig aber schrecklich (*Lawful but Awful*)? Amtsführung und öffentliche Zustimmung

In den ersten Wochen seiner Amtszeit regierte Trump die USA im Stil eines Vorstandsvorsitzenden eines großen Unternehmens, weniger im Stil eines traditionellen politischen Präsidenten. Trump begann direkt nach seiner Amtseinführung am 20. Januar 2017 sein Prinzip des ‚Amerika zuerst‘ in die Tat umzusetzen: der Rückzug der USA aus dem Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP), die Ankündigung eines Mauerbaus an der mexikanischen Grenze und vor allem das – zwischenzeitlich von Bundesgerichten teilweise gestoppte – dreimonatige Einreiseverbot für Menschen aus sieben mehrheitlich muslimischen Staaten. Dabei ging Trump überhastet und handwerklich zum Teil fehlerhaft vor. Seine Kabinettsitzungen inszeniert er als Board-Meetings. Seinen Twitter-Account nutzt er⁴, um seine Wähler direkt und oft sehr emotional anzusprechen. Was bei seinen Gegnern und in der Presse kritisch beurteilt wird, findet bei seinen Fans Anklang: ein ungefilterter Präsident, der ihre Sprache spricht. Trump hat in seiner Antrittsrede am 20. Januar 2017 auf den Stufen des US-Kapitols überdeutlich gemacht, dass er sich eher den unmittelbaren Wünschen des amerikanischen Volkes verpflichtet fühlt, um das ‚amerikanische Gemetzel‘, wie er es nannte, zu beenden, als den Normen der Verfassung und den Konventionen des Washingtoner Politikbetriebs. Dies unterstreicht ein offen plebiszitäres und populistisches Politikverständnis Trumps, das von geringem Respekt gegenüber den Institutionen parlamentarischer und richterlicher Kontrolle zeugt. Kritiker und Publizisten liberaler und konservativer Magazine, unterstellen Trump, dass er die USA in einem schleichenden Prozess in einen autoritären Staat verwandeln wolle (vgl. u.a. Frum 2017). Doch andere Kolumnisten desselben Magazine sind der Auffassung, dass Trump in sehr konzentrierter Form das tut, was andere Präsidenten vor ihm getan haben – allerdings nicht in einer Person. (vgl. Rauch 2017:63-64) Trump ist nicht der erste, der Familienmitglieder in seiner Regierung beschäftigt und mit wichtigen Aufgaben betraut – Kennedy und Clinton taten das – und auch nicht der erste, der unliebsame Untergebene aus sehr eigennützigen Gründen feuert oder die Öffentlichkeit belügt. Trump unterscheidet sich von seinen Vorgängern jedoch dadurch, dass er den Zynismus und die geringe Achtung, den die Amerikaner mehrheitlich den meisten ihrer staatlichen Institutionen – mit Ausnahme der Polizei und des Militärs – entgegenbringen und die gesellschaftliche Polarisierung des Landes, nicht als Problem betrachtet, sondern eher schürt⁵.

Die Arbeitsfähigkeit des Regierungsapparates gehört offenbar nicht zu den Prioritäten des Weißen Hauses. Von knapp 600 politisch zu besetzenden Schlüsselpositionen in den Ministerien und Behörden waren am 1. August 2017 kaum mehr als 10% vom

Senat bestätigt, vielfach fehlen selbst die Nominierungen (vgl. Sirakow 2017:3) Von ca. 200 leitenden Stellen im US-Außenministerium einschließlich wichtiger Botschafterposten, welche der Bestätigung durch den Senat bedürfen, waren nach vier Monaten, als Donald Trump seine erste große Auslandsreise antrat, deutlich weniger als die Hälfte besetzt (vgl. Chalfant 2017).

Die Zustimmungsrate zur Politik des Präsidenten befindet sich seit Amtsantritt zumeist kaum oberhalb der Marke von 40%, im Juli 2017 sind lediglich 39% der Wähler mit seiner Amtsführung zufrieden, 58% sind unzufrieden⁶. Dies ist der schlechteste Zustimmungswert eines Präsidenten seit dem 2. Weltkrieg. Auch Trumps Auftritte auf internationaler Bühne erhalten schlechte Noten: zwei Drittel der Befragten vertrauen nicht darauf, dass der Präsident im besten amerikanischen Interessen mit anderen Weltpolitikern und Wladimir Putin im Besonderen verhandele. Die Hälfte ist der Ansicht, dass die globale Führungsrolle der USA unter Trump schwächer wurde, lediglich 27% schätzen sie für stärker ein als zuvor. Aber: eine knappe relative Mehrheit von 43% zu 41% gibt Trump gute Noten für seine Wirtschaftspolitik. Doch die schwachen Werte für die Trump Administration und die Kongress-Republikaner bedeuten im Umkehrschluss keine steigenden Werte für die oppositionellen Demokraten: Nur 37 Prozent der von ABC und Washington Post im Juli 2017 befragten Amerikaner findet, dass die Demokratische Partei "für etwas steht", während 52 Prozent sagen, dass sie nur dafür steht, gegen Trump zu sein. Dass die Demokraten einzig als Anti-Trump Partei ohne eigene Politikansätze wahrgenommen werden, schwächt die Bemühungen der Partei, aus Trumps Fehlern und schlechten Umfragewerte zu profitieren. Doch das schlechte Ansehen der Demokraten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die schwachen Zustimmungswerte für die junge Präsidentschaft Trumps ein großes Problem darstellen, denn ihr Fortbestand über das Jahr 2017 hinaus würde nicht nur seine Wiederwahl im November 2020 gefährden, sondern bereits im November 2018 den Mehrheitsstatus der Republikanischen Partei in beiden Häusern des Kongresses in Frage stellen.

Russland Ermittlungen des Kongresses: Im Dezember 2016 legten die US-Geheimdienste dem US-Kongress einen Bericht vor, nachdem es erwiesen sei, dass Russland hinter den Hackerangriffen auf die Zentrale der Demokratischen Partei während des Wahlkampfes 2016 stecke. Daraufhin beschloss der Kongress, dass sich die Geheimdienstausschüsse beiden Kammern mit der Untersuchung der Angelegenheit befassen würden. Politische Brisanz erhielten diese Untersuchungen in dem Moment, als der ehemalige FBI-Direktor James Comey dem Geheimdienstausschuss des Senats im März 2017 berichtete, wonach das FBI möglichen Verbindungen zwischen Angehörigen von Trumps Wahlkampfteam und russischen Regierungsbeauftragten nachgehe⁷. Im Raum steht der Vorwurf geheimer Absprachen (*collusion*) zwischen Vertretern der Trump-Kampagne und Vertretern der russischen Regierung, um durch belastendes Material gegen Hillary Clinton Donald Trumps einstmals als aussichtslos eingestuften Wahlkampf zu helfen (vgl. Thunert 2017, Kornelius 2017). Die seit der Entlassung FBI-Direktors Comey Anfang Mai 2017 verschärfte Affäre beschäftigt somit noch auf längere Zeit zwei Kongressausschüsse, den vom Justizministerium bestellten Sonderermittler Robert Mueller, einen Großteil der etablierten amerikanischen Nachrichtenmedien und weite Teile der Demokratischen Partei. Die russische Regierung verhehlte ihre Freude über die Niederlage der Ex-Außenministerin nicht, bestreitet aber kategorisch, manipulativ in den Wahlkampf eingegriffen zu haben. Vier in der Sache federführende US-Geheimdienste sind von entsprechenden Versuchen der russischen Einflussnahme komplett überzeugt, die Demokratische Partei ist dies ebenso, wie größere

Teile der Öffentlichkeit und der Republikanischen Partei. Die Mehrheit der Amerikaner scheint von den Versuchen der Russen, die US-Wahl zu beeinflussen, überzeugt zu sein, doch lediglich 40% sind der Auffassung, dass es eine geheime Zusammenarbeit zwischen den Russen und der Trump-Kampagne gegeben hat. Obgleich der Verdacht geheimer Absprachen bis Redaktionsschluss dieses Beitrages nicht bewiesen werden konnte, belasten die Russland-Untersuchungen das Regierungsgeschäft der Trump-Administration erheblich, indem sie nicht nur wichtige Ressourcen binden, sondern indirekt Zweifel an Legitimität des Wahlsieges Donald Trumps sähen.

3 Halbjahresbilanz im Inneren⁸

Donald Trump hat nach einem halben Jahr so gut wie keine legislativen Erfolge vorzuweisen und dennoch bewegen sich die öffentlichen Angelegenheiten nicht selten in die von ihm gewünschte Richtung. Besonders augenscheinlich zeigt dies die im Wahlkampf versprochene Aufhebung und Ersetzung von *Obamacare*. Der Aufhebungsversuch war bereits im Repräsentantenhaus beinahe an der weltanschaulichen Uneinigkeit innerhalb der Mehrheitsfraktion der Republikaner gescheitert und fand aus demselben Grund sein (vorläufiges) Ende im Senat, wo aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse am 28. Juli 2017 bereits drei abtrünnige Republikaner (Susan Collins aus Maine, Lisa Murkowski aus Alaska und John McCain aus Arizona) ausreichten, um den Reformversuch angesichts einer geschlossenen Opposition der Demokraten zu Fall zu bringen (ausführlich Shapiro/Soffen 2017). Der Misserfolg schadet zweifellos dem Image des Präsidenten als Macher und Reformier, doch könnten die Folgen für Kongressfraktion der Republikaner gravierender sein als für den Präsidenten. Der gescheiterte Gesetzentwurf traf bei lediglich 24% der Wähler auf Zustimmung. 50% der Befragten gaben an, das derzeit gültige, aber in der Vergangenheit nur mäßig populäre Gesundheitsgesetz *Obamacare* der republikanischen Alternativgesetzgebung vorzuziehen, wohingegen ein weiteres Viertel beide Vorhaben ablehnt. Eine große Mehrheit der Wähler befürchtet Verschlechterungen für geringverdienende Amerikaner durch die Reform. Im Wahlkampf hatte Trump versprochen, die populären Elemente von *Obamacare* in Kraft zu lassen. Doch der vorerst gescheiterte Gesetzesvorschlag des Repräsentantenhauses und des Senates hätte nach den Berechnungen des überparteilichen Haushaltsbüros des Kongresses (CBO) zur Folge gehabt, dass ca. 16 Millionen Amerikaner ihren Krankenversicherungsschutz verloren hätten und die unter Obama erhobenen Steuern für Wohlhabende, welche ärmeren Versicherten als Zuschüsse zu Gute kommen, wieder abgeschafft worden wären. Die von der Führung der Kongress-Republikaner hastig und handwerklich schlecht erstellte Gesetzgebung zur Aufhebung und Ersetzung von *Obamacare* hätte eine Menge von Trumps Wählern schlechter gestellt als eine pfadabhängige Reform der bestehenden Gesetzgebung, die sich nun abzeichnen könnte. Dass es die Republikaner nicht geschafft haben, in sieben Jahren eine innerparteilich konsensfähige Alternative zu Obamas Gesundheitsgesetz zu entwickeln, ist auch Donald Trump anzulasten, der sich kaum für den Reforminhalt zu interessieren schien und lediglich einen Erfolg verkaufen wollte. Doch zuerst müssen die Kongress-Republikaner ihren Wählern bereits 2018 erklären, weshalb sie eine für die Partei zustimmungsfähige Alternativgesetzgebung nicht entwickeln konnten.

Trotz des bisherigen Ausbleibens legislativer Erfolge konnte Präsident Trump aufgrund der Kompetenzen der Kernexekutive Einiges von dem, was er seinen Anhängern

im Wahlkampf versprochen hatte, auf den Weg bringen: Als erstes ist die Ernennung von Neil Gorsuch zum Richter am Obersten Gerichtshof zu nennen, dann der Ausstieg aus TPP und dem Pariser Klimaabkommen, aber auch der Rückgang illegaler Übertritte an der mexikanisch-amerikanischen Grenze um ca. 40%⁹ und die stabile und optimistische Wirtschaftslage. Trump ist überall dort weit vorangeschritten, wo der Präsident Dekreten seines Vorgängers zurücknehmen und eigene erlassen konnte, also insbesondere in der Einwanderungs- und Umweltpolitik.

Die Trump-Administration stärkte die Grenzpolizei ICE, die mit der aggressiveren Durchsetzung der Einwanderungsgesetze begonnen und im ganzen Land Deportationen vornimmt; im *Supreme Court* vermochte die Regierung hinsichtlich des zunächst aufgehobenen Einreisestopps aus sieben mehrheitlich muslimischen Staaten einen Teilerfolg verbuchen, ein finales Urteil steht noch aus. Innerhalb bestimmter Grenzen darf die Bundesregierung Trump, Einzelstaaten und Kommunen, die sich einer Kooperation mit den Bundesbehörden bei Abschiebungen verweigern (sog. *sanctuary cities*) Bundeszuschüsse verweigern, um sie auf Linien zu bringen. Städte wie Chicago werden gegen diese Entscheidung klagen. Von der Öffentlichkeit wenig beachtet, hat die Trump-Administration in ihren ersten sechs Monaten mehrere hundert größten Teils in der Ära Obama geplante und erlassene Regulierungen rückgängig gemacht oder verzögert (vgl. Kort 2017). Die Bundesbehörden zogen nach Angaben des Haushaltsbüros des Weißen Hauses mehr als 400 gesetzliche Vorschriften zurück, weitere knapp 400 wurden zur näheren Überprüfung verzögert. Bis Ende des Jahres 2017 sollten die Regulierungen um knapp 20 Prozent im Vergleich zu Herbst 2016 gekürzt worden sein. Trump veranlasste seine Behörden u.a., Regulierungen für fossile Energieträger und die damit verbundenen Industrien abzubauen oder wenigstens auszusetzen. Bereits in den ersten Wochen nach Amtsantritt genehmigte Trump den von Obama verbotenen Bau der *Keystone XL Pipeline*, mit der kanadisches Rohöl, das aus den Ölsandrevieren Albertas stammt, zu den Raffinerien am Golf von Mexiko transportiert werden soll.

Wirtschaftlich koppelte sich seit der Wahl Trumps im November 2016 die Entwicklung an den Finanzmärkten von der in der Realwirtschaft ab. Während die Aktienmärkte immer neue Höchststände erreichen, ist die US-Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte 2017 durchschnittlich lediglich um zwei Prozent gewachsen – etwas weniger, als unter Präsident Obama. Nach wie vor niedrige langfristige Zinssätze und ein schwächerer Dollar sind indes nicht nur gute Nachrichten für die US-Aktienmärkte, sondern auch für den Exportteil der US-Wirtschaft. Insofern ist es nicht überraschend, dass die US-Bürger mit Trumps Wirtschaftspolitik bisher zufriedener sind als mit anderen Handlungen der neuen Regierung. 58 Prozent der Amerikaner, das ergab eine Umfrage des *Pew Research Center*, sind mit ihrer ökonomischen Lage zufrieden. Ein Wert, den Barack Obama nie erreichte (vgl. u.a. Roubini 2017). Doch gleichzeitig akzeptierte Trump in der Haushaltspolitik und bei den Staatsausgaben bisher die strengen Vorgaben der Kongress-Republikaner, auch wenn diese Vorgaben seinen Wahlkampfversprechen widersprachen. Im Wahlkampf versprach Trump, bei der staatlichen Rentenversicherung (*Social Security*), bei der staatlichen Krankenversicherung für Rentner (*Medicare*) und für Arme (*Medicaid*) keine Kürzungen vorzunehmen. Der Haushaltsentwurf der Republikaner, den Trump als Präsident unterstützt, sieht indes starke Kürzungen bei der Invalidenrente sowie bei *Medicaid* vor.

Trotz der Rede des Präsidenten von einem mutigen Infrastrukturplan in Höhe von 1 Milliarde \$ gibt es noch keinen wirklichen Gesetzgebungsvorschlag, und der Ansatz, dem sich die Regierung verschrieben hat, stützt sich stark auf Steuergutschriften, um

private Investitionen zu fördern. Auch in der Steuerpolitik gibt es noch keinen Gesetzesvorschlag, und die ersten kursierenden Entwürfe würden für Unternehmen und die höchsten Einkommensbezieher viel größere Vorteile mit sich bringen als für Mittelschichts- Amerikaner. Trump hat die Umsetzung seiner innenpolitischen Tagesordnung weitgehend an die fiskalpolitisch überaus strenge Führung der Kongressrepublikaner ausgelagert, doch die setzen ihre eigenen politischen Präferenzen um, die sich – insbesondere was Ausgabendisziplin und Sozialkürzungen angeht, deutlich von den Versprechen des Wahlkämpfers Trump unterscheiden.

4 Weltpolitik und Weltbühne: Amerika zuerst oder Amerika alleine?

Sucht man Rollenmodelle für den weltpolitischen ‚Amerika zuerst-Ansatz‘ der Trump-Administration, muss man nach Auffassung maßgeblicher Kenner der US-Außenpolitik weit ins 19. Jahrhundert zurückgehen, zum siebten Präsidenten der USA, Andrew Jackson. (vgl. Mead 2017, Jones und Khoo 2017). Die Tradition Jacksons hält die Vereinigten Staaten für eine ‚einzigartige/exzeptionelle‘ Nation, aber nicht für ein Land, das universelle Werte verkörpert oder eine weltpolitische Mission bzw. eine globale Verantwortung besitzt. Wie Trump setzen auch die *Jacksonians* auf ein eng definiertes ‚Amerika zuerst‘. Die in dieser Tradition stehenden außenpolitischen Grundhaltungen der Trump Administration sind aus mindestens zweier seiner Reden, – die Rede zur Amtseinführung und die Rede in Warschau – sowie aus einem programmatischen Beitrag des Nationalen Sicherheitsberaters H.R. McMaster und des Nationalen Wirtschaftsberaters Gary Cohn aus dem Wall Street Journal vom 30. Mai 2017, zu entnehmen (vgl. u.a. The White House 2017, McMaster/Cohn 2017). Trump, Bannon und Miller beschreiben den Westen als ein vornehmlich kulturelles Gebilde, das von fremden kulturellen Kräften, insbesondere des islamistischen Terrorismus belagert und bedroht wird. Der Akt der Selbstbehauptung des Westens muss nach Ansicht Trumps darin bestehen, sich wieder auf seine judeo-christlichen Wurzeln zu besinnen und diese Identität zur Leitkultur zu erklären. Trump lehnt die Vorstellung ab, dass der Westen primär aus einem liberal-demokratischen politischen Regelwerk besteht, das prinzipiell universalistische Geltung erlangen kann und in das jedermann integrierbar ist. Nach Ansicht der Trump-Leute macht diese kulturell entkernte Deutung des Westens diesen verwundbar für die Angriffe essentialistischer Kräfte wie den politischen Islam. Trumps Zusage, NATO-Artikel 5 zu respektieren, gilt diesem Verständnis der westlichen Allianz. Trump und seine Berater wissen, dass ihre Umdeutung der westlichen Identität bei den global und universalistisch ausgerichteten Eliten in Politik und Wirtschaft, insbesondere in Europa, auf wenig Gegenliebe treffen wird. Hier herrscht die Auffassung vor, dass der Westen auf einem prinzipiell universalisierbaren Gerüst aus liberalen Regeln und demokratischen Werten besteht, die für jedermann offen stehen. Vielmehr sieht Trump seine europäischen Verbündeten in denjenigen Teilen der europäischen Bevölkerung, welche das kulturelle Bedrohungsszenario teilen und die wenigen Regierungen, die dies ebenfalls tun, wie die polnische Regierung der Partei für ‚Recht und Gerechtigkeit‘ (PIS).

Das Trump-Umfeld stellt mit dem Rückgriff auf Jacksonische Tradition all jene multilateralen Abkommen in Frage, von welchen sie glauben, dass sie in der jetzigen Praxis zum Nachteil der eng definierten amerikanischen Interessen führen. Erstes Re-

sultat dieses radikal veränderten Politikansatzes ist der Rückzug aus den von der Obama-Administration ausgehandelten und mitgestalteten Abkommen zum transpazifischen Freihandel und das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015. Auf dem Prüfstand steht ebenfalls das 1994 in Kraft getretene Abkommen zur Nordamerikanischen Freihandelszone *NAFTA* mit den Nachbarn Kanada und Mexiko. Hierbei geht es weniger um den einseitigen Rückzug der USA bzw. um die einseitige Aufkündigung, sondern um eine Neuverhandlung und Modernisierung von *NAFTA*. Entgegen seiner Ankündigung haben sich die USA bisher nicht aus dem Atomabkommen mit dem Iran zurückgezogen.

Was die Trump-Leute an der liberalen, regelbasierten Weltordnung, wie sie nach dem 2. Weltkrieg von nahezu allen US-Regierungen maßgeblich aufgebaut und unterhalten wurde, stört, sind die nach Trumps Auffassung unangemessenen Kosten für die Führungsmacht USA – insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges. Zweitens stört Trump, wie sehr viele ‚gewöhnliche‘ Republikaner auch, der Versuch der übrigen Welt, die Supermacht USA durch multilaterale Vertragsnetze in gemeinsame Abmachungen einzubinden, welche die Souveränität der Supermacht einschränken. Wenn Trump somit im Frühsommer 2017 bei multilateralen Treffen wie den Gipfeltreffen G7 in Sizilien und G20 in Hamburg isoliert wirkt, da die USA mehrheitlich gefasste Beschlüsse nicht ohne Öffnungsklauseln mittragen wollen oder ältere Beschlüsse wie den Pariser Klimavertrag aufkündigen, so ist dieser Unwille zur multilateralen Gestaltung zwar im Widerspruch zu früheren Selbstverständnissen der USA als globaler Führungsmacht, aber im Einklang mit dem Erbe des Jacksonianismus. Trump ist ein Verfechter und Praktiker bilateraler internationaler Beziehungen, die am besten mit einem pompösen Zeremoniell – wie bei seinen Besuchen in Saudi-Arabien Ende Mai 2017 und in Paris am 13./14. Juli 2017 – verbunden werden. Auch die eher ungeliebten multilateralen Foren nutzte Trump bisher vornehmlich für die Aufnahme und Intensivierung bilateraler Kontakte – bei den G20 war dies die erstmalige persönliche Begegnung mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Der Vorteil einer bilateralen Vorgehensweise für die USA liegt nach Auffassung der Trump Administration auf der Hand: bei allen bilateralen Kontakten mit den Staaten der Welt befinden sich die USA entweder auf Augenhöhe oder sind in den allermeisten Fällen der stärkere Partner. Das bilaterale Vorgehen befindet sich ferner im Einklang mit der Weltsicht des Trump-Lagers, die von Cohn und McMaster am 30. Mai 2017 im Wall Street Journal skizziert wurde. „Der Präsident hat seine erste Auslandsreise angetreten mit einer klarsichtigen Haltung, dass die Welt keine globale Gemeinschaft ist, sondern eine Arena, in der Nationen, Nichtregierungsakteure und Firmen miteinander in Kontakt treten und im Wettbewerb stehen für den eigenen Vorteil“, schrieben McMaster und Cohn. Amerika trete in diesen Wettbewerb mit einem in der Welt unangefochtenen Militär, mit politischer, wirtschaftlicher, kultureller und moralischer Stärke. „Statt diese elementare Natur der internationalen Beziehungen zu leugnen, umarmen wir sie.“ Will heißen: Weil die USA das mächtigste Land der Welt sind, kann es in diesem Kampf jeder gegen jeden besser bestehen als andere. Und multilaterale Institutionen oder Abkommen fesseln Amerika nur bei der Entfaltung seines Potenzials. Auch das Agieren Trumps beim beschleunigten Rückzug des IS in Irak und teilweise in Syrien und der verstärkte Druck, den seine Regierung sowohl direkt durch martialische Sprachübertreibungen als auch indirekt via China und den UN-Sicherheitsrates auf das Regime in Nordkorea aufbaut, entsprechen dieser Weltsicht.

Tatsächlich gibt die neue US-Regierung immer mehr von dem Gestaltungswillen auf, mit dem Generationen von amerikanischen Politikern eine Weltordnung aufge-

baut haben, die nach Ansicht der allermeisten Mitglieder der strategischen Gemeinde im Interesse vieler war und deshalb auch im Interesse Amerikas. Trumps Amerika verabschiedet sich ein Stück weit von der globalen Führungsrolle. Doch Trump ist kein Ideologe. Daher wird er seine außenpolitischen Grundhaltungen dann modifizieren, wenn er dies im nationalen Interesse der USA liegend sieht. Das macht die Trumpsche Weltpolitik hochgradig unberechenbar.

Es ist diese Unberechenbarkeit – insbesondere gegenüber Putins Russland – die nahezu alle Abgeordneten beider Häuser des Kongresses nach knapp 200 Tagen Trump dazu veranlasst hat, den Präsidenten in seiner Handlungsfähigkeit gegenüber Russland zu beschneiden. Das wegen der mutmaßlichen Einmischung Russlands in den amerikanischen Wahlkampf 2016 und dem russischen Vorgehen in der Ost-Ukraine im Repräsentantenhaus (419 zu 3) und Senat (98 zu 2) verabschiedete Sanktionserweiterungsgesetz gegenüber Russland, Nordkorea und Iran räumt dem Präsidenten entgegen früherer Gepflogenheiten keinerlei Flexibilität bei der Ausgestaltung der Sanktionen sowie bei der Entscheidung über deren Lockerung ein. Angesichts der überwältigenden legislativen Mehrheit blieb Trump nur die Wahl, das neue Sanktionengesetz am 2. August 2017 zu unterzeichnen, und zeitgleich zu erklären, dass er diese Maßnahme für einen schweren Fehler halte. Eine überparteiliche Koalition im Kongress hat Trump die Russland-Politik im Wesentlichen aus der Hand genommen. Sie trägt damit auch einen erheblichen Teil der Verantwortung für die amerikanische Russland-Politik. Ein weiterer Aspekt ist die aus europäischer und insbesondere deutscher Sicht problematische Anwendung von US-Recht außerhalb des US-Territoriums. Nicht-amerikanische Firmen, die durch ihre Geschäfte mit Russland gegen die US-Sanktionen verstoßen, müssten um ihr US-Geschäft bangen und Strafen befürchten. Die betroffenen Geschäfte lägen primär im Energiebereich und haben direkten Einfluss auf die Gasversorgung Europas und Deutschlands aus russischem Pipeline-Gas. Es ist daher kein Zufall, dass größere Teile der deutschen Außenhandelswirtschaft und der deutschen Politik den USA, genauer dem US-Kongress, unterstellen, mit den Sanktionen zu erreichen, dass die Europäer und insbesondere Deutschland ihre Gasversorgung diversifizieren und auf neu exportfähiges US-Flüssiggas, das aus dem Fracking-Verfahren gewonnen wurde, zurückgreifen müssen.

5 Betriebsunfall der amerikanischen Geschichte oder Erfindung des ‚Trumpismus‘?

Nach konventionellen Maßstäben ist die Trump Präsidentschaft nach gut sechs Monaten wenig erfolgreich, das Erscheinungsbild ist zumeist chaotisch. In der Regierungszentrale im Weißen Haus mangelt es an Struktur, diverse Machtzentren arbeiten weitgehend ohne Koordination vor sich hin, der Präsident zeigt wenig Interesse und Verständnis für die fachlichen Details der Politik, er besitzt momentan offenbar keine praktikable Strategie, die hinter ihm stehende Partei zu einen und Mehrheiten zu organisieren, sondern kommuniziert nahezu ausschließlich über Twitter und in regelmäßigen Wahlkampf-artigen Versammlungen mit der Basis seiner Kernanhänger, die alleine nicht mehrheitsfähig ist. Es ist daher naheliegend, Trumps unerwarteten Wahlsieg auf ein unglückliches Zusammentreffen spezieller Umstände zurückzuführen (vgl. Thunert 2017) und die Anwesenheit dieses präzedenzlosen US-Präsidenten für einen Betriebsunfall der amerikanischen Geschichte zu halten, für einen Spuk, der sich ent-

weder durch Rücktritt des Präsidenten, durch ein Amtsenthebungsverfahren oder durch deutliche Wahlniederlagen bis spätestens 2018 oder 2020 korrigieren lasse, bevor er bleibenden Schaden für die USA und die Welt anrichten könnte. Sollte die durch Regierungschaochaos verursachte Selbst-Lähmung nicht ausreichen, um Trump zu schwächen, so tut dies nach dieser Lesart seit dem ersten Amtstag eine breite Palette von oppositionellen Akteuren, die aus links-liberalen Bundesrichtern, den Gouverneuren großer, von Demokraten regierter Bundesstaaten wie Kalifornien und New York, aber auch Washington und Hawaii, von den Bürgermeister*innen wichtiger Metropolen selbst, sowie aus großen Teilen der etablierten Medien und bewegten Bürgern und Bürgergruppen besteht.

Doch wird man dem Nicht-Politiker Trump, der nach gewöhnlichen Maßstäben niemals hätte auch nur in die Nähe des Weißen Hauses kommen dürfen, vollends gerecht, wenn man ihn mit den bisherigen Maßstäben einer erfolgreichen oder erfolglosen Präsidentschaft misst? Somit bietet sich eine zweite Lesart an. Den Trumpismus gibt es zwar nicht, wenn man dahinter eine mehr oder weniger kohärente politische Ideologie vermutet. Wie nahezu alle Populismen ist auch die Trumpsche Spielart aus ideologisch sehr dünnem Gewebe gestrickt. Donald Trump erscheint vielen als ein beliebiger Populist, der das Regierungshandwerk nicht beherrscht und dessen politische Äußerungen impulsiv, übertrieben und widersprüchlich sind. Doch nach Ansicht der Historiker Brendan Simms und Charlie Laderman unterliegen wir damit einem Trugschluss, denn sie zeigen, dass Trump seit seinen ersten öffentlichen Äußerungen in den Achtzigerjahren seine Linie eines nationalen Populismus beharrlich verfolgt. (Laderman/ Simms 2017). Daraus entwickelte sich eine deutlicher werdende Doktrin, die man als konservativen Anti-Globalismus oder als Nationalpopulismus umschreiben kann. Zu den Grundpfeilern dieses Konzeptes gehören nach Aussage des mittlerweile ausgeschiedenen Chefstrategen Stephen K. Bannon ‚nationale Sicherheit‘ ‚wirtschaftlicher Nationalismus‘ und der ‚rigorose Rückbau des Verwaltungsapparates‘¹⁰. Nach einem halben Jahr im Amt realisierte die Trump-Administration, dass sie mit der Umsetzung der entsprechenden Vorhaben (z.B. Einreiseverbote, Mauerbau an der Grenze nach Mexiko, Schwächung des konventionellen nationalen Sicherheitsapparates usw.) nur sehr schleppend und unvollständig voran kam. Am Tag seines Ausscheidens am 18. August 2017 ging Stephen K. Bannon sogar noch einen Schritt weiter: „Die Trump-Präsidentschaft, für die wir gekämpft haben, und die wir gewonnen haben, ist vorbei.“¹¹ Diese Einsicht hat Konsequenzen: Im Weißen Haus hat der neue Stabschef John Kelly das Mandat und die Aufgabe, die bürokratischen Strukturen auf Effizienz und Kohärenz zu trimmen. Innerhalb des verbliebenen Stabs im Weißen Haus dürften kurzfristig diejenigen die Oberhand gewinnen, die ein eher technokratisches Politikverständnis besitzen und konkrete Problemlösungen – innen- und außenpolitisch- angehen wollen, statt ein nationalpopulistisches Projekt umzusetzen. Dies könnte Trump und den Republikanern kurzfristig einige kleinere legislative Erfolge bescheren. Doch gleichzeitig schaukelt sich – insbesondere nach Charlottesville und dem Ausscheiden Bannons – der grundsätzliche Konflikt zwischen Trump, den ihn unterstützenden Anti-Establishment-Medien und der Anhängerschaft Trumps auf der einen Seite und dem Establishment der Partei, wirtschaftsnahen Kräften, den militärischen Realpolitikern, der bürokratischen Eliten innerhalb und außerhalb des Weißen Hauses auf der anderen, weiter auf.

Somit dürfte das ungeklärte Verhältnis Trumps und seiner Anhänger zur Republikanischen Partei zur Achillesferse einer nun neu zu definierenden Trump-Präsidentschaft werden. Auch 9 Monate nach seinem Wahlsieg verfügt Trump über kein enges

Verhältnis zu prominenten Republikanern: weder zu den wichtigsten Geldgebern und Lobbyisten, noch zu den meisten Aktivisten und etablierten Politikern. Dass diese ‚Unabhängigkeit‘ für ihn im Wahlkampf befreiend war und er damit neue Wähler an sich und die Partei binden konnte, ist unbestritten. Wie ihm diese Nicht-Einbindung in die Partei als Präsident nützt, ist unklarer. Seine Abermillionen von Twitter-Jüngern bilden eine politische Machtbasis, wenn sie gegen etwas mobilisiert werden, aber können sie auch beim politischen Gestalten helfen? Wenn es stimmt, dass die GOP den unwahrscheinlichen Kandidaten Donald Trump benötigte, um das Weiße Haus zu gewinnen (vgl. Rothman 2017), braucht Trump jetzt den organisierten Konservatismus, um kohärente Politik zu machen? Oder könnte er mit Hilfe seiner Kernanhänger die Republikanische Partei in ihrer gewohnten Form zerstören, indem er die etablierten Parteiführer im Kongress für das Scheitern seiner Gesetzesvorhaben verantwortlich macht und ihren Kopf fordert? Würde er mit einem solchen Vorgehen vielleicht nicht nur die Republikanische Partei in einen neues Gebilde verwandeln, sondern mit ihr die Praxis des gesamten politischen Systems der USA umkrepeln? Oder würde er einfach sein Blatt überreizen und als ohnmächtiger Präsident ohne parlamentarische Mehrheiten den Rest seiner Amtszeit einfach aussitzen müssen und 2020 mit parteiinternen Herausforderern konfrontiert werden? Wir werden es in den kommenden 6-12 Monaten erfahren. Nach sechs Monaten bleibt die Trump-Präsidentschaft ein spannendes, für Viele auch gefährliches, Experiment mit unvorhersehbaren Konsequenzen für Amerika und die Welt. Es kann rasch scheitern oder Amerika und die Welt in kaum vorstellbarer Weise umkrepeln.

Anmerkungen

- 1 Trumps ‚Programmatik‘ findet sich zusammengefasst in Trump (2015). Für eine ausführliche 100-Tage Bewertung der Trump-Administration vgl. Böller/Sievert 2017.
- 2 Nachdem Präsident Obama mit Merrick Garland einen Nachfolger für Scalia präsentiert hatte, verweigert die Senatsmehrheit der Republikaner im 114. Senat die Aufnahme von Anhörungen des Nominierten und blockierte somit das Bestätigungsverfahren bis zur Wahl eines neuen Präsidenten.
- 3 Eine kritische Einschätzung der jüngsten Rochaden findet sich bei Sirakov 2017.
- 4 Auf seinem privaten Account @realDonaldTrump hat der Präsident Anfang August 2017 35,4 Millionen Follower, was Platz 28 in der Welt bedeutet, vgl. <https://twittercounter.com/realDonaldTrump>. Der Account @POTUS hat knapp 19 Millionen Follower. Trump selbst folgt lediglich 45 Personen, zumeist Familienmitglieder oder Journalisten.
- 5 Zur Ambivalenz der militärisch-zivilen Beziehungen unter Trump vgl. Wagner 2017.
- 6 Diese und folgende Angaben beziehen sich auf eine ABC/Washington Post Umfrage, die zur Halbjahresbilanz der Trump-Präsidentschaft zwischen dem 10.-13. Juli 2017 erhoben wurde. Quelle: <http://abcnews.go.com/Politics/months-record-low-trump-troubles-russia-health-care/story?id=48639490>, Zugriff am 16.7.2017.
- 7 Zur Entstehung der Russland-Affäre ausführlicher Böller/Sievers 2017:336-337.
- 8 Da eine Gesamtbewertung der Politik Trumps nach kaum mehr als einem halben Jahr im Amt seriös kaum möglich ist, beschränken sich die folgenden Ausführungen auf punktuelle Bestandsaufnahmen.
- 9 Vgl. u.a. BBC: US-Mexico illegal border crossings fall to 17-year low, 5. April 2017, <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-39505999>
- 10 Die Aussagen Bannons beziehen sich auf ein Interview, das Bannon am 23. Februar 2017 während der Conservative Political Action Conference CPAC in Washington DC gab. Vgl. Marc Fisher; “Stephen K. Bannon’s CPAC Comments, Annotated and Explained, New York Times,

- 24.2. 2017, https://www.nytimes.com/2017/02/24/us/politics/stephen-bannon-cpac-speech.html?_r=0
- 11 Boyer, Peter (2017): „Departed White House Strategist Speaks to the Weekly Standard“, Weekly Standard, 18. August 2017, <http://www.weeklystandard.com/print/bannon-the-trump-presidency-that-we-fought-for-and-won-is-over./article/2009355>